

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riess,
Herrnstr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzolamts Meißen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1500,
Strohlasse:
Riessa Nr. 22.

Nr. 260.

Freitag, 7. November 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustelgebühren. Für den Fall des Interesses von Produktionsvermehrungen, Erhöhungen der Wöhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Besondere Rabatte erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingeleitet werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riessa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Schüler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langens & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riessa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riessa.

Großer politischer Erdstöß in USA.

Vor zwei Jahren erlief Herbert Hoover bei den Präsidentschaftswahlen einen vollkommenen Sieg als Kandidat der republikanischen Partei über seinen demokratischen Gegenkandidaten Alfred Smith unter der Parole der drei großen „P“: Prosperität, Prohibition und Protestantismus. Jedes dieser großen „P“ tat seine Dienste, doch war die Prosperitätsparole von durchschlagendem Erfolge. In einer seiner großen Wahlreden verbieth Hoover nicht nur den Bestand, sondern auch das Wachstum der außerordentlich günstigen amerikanischen wirtschaftlichen Konjunktur und zeigte am Horizonte — es kam uns damals schon wie eine Fernsehenswelt vor — das reiche amerikanische Volk in solcher Vollkommenheit, daß es in ihm seine Armen mehr geben werde.

Die Prosperitätsparole ist im Zeichen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, die in den Vereinigten Staaten Nordamerikas ihren Ausgang nahm, jetzt am 4. November in ihr Gegenteil umgeschlagen. Auch die finanziell großartig fundamentierte Wahlkampagne der Republikaner konnte über die wirtschaftliche Depression und das Millionenheer der Arbeitslosen nicht hinwegtäuschen. Wohl hat es die ganze amerikanische Presse dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald sehr verübelt, daß er jüngst von 12 Millionen Arbeitslosen in der großen Nordamerikanischen Union sprach. Das Statistische Arbeitsamt Newports verkündete amtlich, daß im April 2,5 Millionen Arbeitslose in USA gezählt wurden und die Gewerkschaften des Landes behaupteten, daß ihre Schätzungen der arbeitslosen Frauen und Männer nie über 5 oder 6 Millionen hinausgingen. Alle diese Zahlen sind für das Ausland berechnet. Die Amerikaner selbst konnten sich bei der wachsenden Anzahl der geschlossenen Fabriken und bei den ungeheuren Schlangenlinien der Arbeitslosen und den täglichen Krufen der Presse „Wie a job“ — „Wie doch Arbeit!“ — nicht darüber im Zweifel sein, daß von Prosperität keine Rede mehr ist. Der japanische Prinz Luogawa, der in der letzten Woche in New York weilte, sprach angesichts der in Riessenschlangen stehenden Arbeitslosen, die um Lebensmittel anstanden, in die Worte aus: „Nicht Ihre, nicht meine, noch irgend eine andere Nation, hat bis jetzt den Genius hervorgebracht, der diese erschütternden Tragödien von uns nehmen könnte.“ Wie vor zwei Jahren die Prosperitätsparole zog und zwar zugunsten der Republikaner, so wirkte sich jetzt die Arbeitslosenparole zugunsten der Demokraten aus: „Wort for the Jobless“, Arbeit für die Arbeitslosen!

Der 4. November war in USA ein Wahltag großen Stils. Gewählt wurde das ganze Repräsentantenhaus, das 435 Mitglieder zählt, 33 Senatoren auf sechs Jahre von insgesamt 96 Mitgliedern des Senats, die Gouverneure von 29 Staaten und zahllose Gemeindegewählten. Im bisherigen Repräsentantenhaus verfügten die Republikaner über 269 Sitze, die demokratische Opposition über 166. Die republikanische Mehrheit wurde am Dienstag weggeleat. Es ist jedoch möglich, darüber zu streiten, ob die Demokraten 44 oder 46 Senatsmandate eroberten, da die fortschrittlichen Republikaner in zahlreichen Fragen bisher schon mit den Demokraten übereinstimmten, so daß eine kompakte republikanische Mehrheit im Senat tatsächlich nicht mehr besteht, wenn sie auch rein formal vorhanden ist. Präsident Hoover erlitt durch den Wahlausgang eine Niederlage, mitten in seiner Amtszeit, die jene Woodrow Wilsons um ein Erkleckliches übertraumt. Die innen- und außenpolitischen Folgen können kurz und treffend als ein Handicap für die Gesamtpolitik des Präsidenten charakterisiert werden.

Allerdings muß bemerkt werden, daß die amerikanischen Verhältnisse parlamentarisch wesentlich anders gelagert sind, als bei uns. Der gegenwärtige 71. Kongress, der aus Senat und Repräsentantenhaus besteht, ist nämlich noch keineswegs tot. Er tritt im Dezember d. J. erneut in Aktion und wird bis zum 4. März 1931 tagen. Der neugewählte Kongress tritt erst im Dezember des nächsten Jahres zum ersten Male zusammen, es sei denn, daß Präsident Hoover ihn schon im Sommer 1931 zu einer außerordentlichen Sitzung einberuft. Rein formell könnte Präsident Hoover vorerst also den Wahlausgang unberücksichtigt lassen, doch wäre das reinste Theorien und Utopie. Die Demokraten sind in den Vereinigten Staaten Nordamerikas in der Lage, die Gesamtpolitik des Präsidenten zu kontrollieren und ihn durch wohlberedete Agitationsanstrengungen Schwierigkeiten zu bereiten. Sie werden es daran kaum fehlen lassen. Wie die Demokraten die politische Entwicklung zu ihren Gunsten weiter zu treiben versuchen werden, so dürften die Bemühungen der Republikaner darauf gerichtet sein, den verlorenen politischen Boden wiederzugewinnen, zumal schon in zwei Jahren wieder Präsidentschaftswahlen stattfinden. Wöllig ausgeschlossen ist bei dem Wettkampf der beiden großen amerikanischen Parteien, der nahezu auf pari steht, ein grundlegender Wechsel in der auswärtigen Politik der Union, vornehmlich in der Mittelostpolitik und in der Reparationspolitik. Schlimme Aussichten für die Revision des Youngplans! Darüber kann sich kein erfahrener Politiker einer Täuschung hingeben. Erst nach den nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen, wenn die Würfel gefallen sind, dürfte die Zeit für einen Wandel in der amerikanischen Außenpolitik gekommen sein, wenn überhaupt... Schlechte Aussichten.

Beamte gegen die Vordatierung der Gehaltstürzung.

Die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes „Der Beamtenbund“ nimmt in seiner letzten Nummer Stellung zu den Vordatierungen, die Gehaltstürzung bereits am 1. Januar 1931 eintreten zu lassen. Es wird mitgeteilt, daß die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes sich unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Nachricht mit dem Reichsfinanzminister in Verbindung gesetzt haben. In dieser Unterredung mit dem Reichsfinanzminister wurde darauf hingewiesen, daß von Arbeitergewerkschaften bereits seit längerer Zeit der 1. Januar befürwortet würde, daß neuerdings auch aus den Reihen der Metallarbeiterverbände eine Vorverlegung auf den 1. Januar gewünscht würde und daß endlich durch die Vorverlegung des Termins 100 Millionen Mark, die die Länder aus der Gehaltstürzung an das Reich abgeben sollen, aber nicht wollen, aus der Beamtenhaft herausgeholt werden sollen. Die Erklärung der Reichsregierung, es könne noch nichts gesagt werden, ob sich im Laufe der Verhandlungen eine Änderung ergäbe, lasse die Tür für die Vorverlegung weit offen.

Die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes erklärt weiter: Die Beamtenhaft werde also zum Kompensationsobjekt in einem Konflikt zwischen Reich und Ländern benutzt werden. Die Beamtenhaft könne bei diesen Betrachtungen nicht ruhig bleiben. Ganz unbeschadet der Stellung des deutschen Berufsbeamten zum Gehaltstürzung

fehlt, die eine ablehnende sein müsse, da die Gehaltstürzung eine Sonderbelastung darstelle, müsse gesagt werden, daß die Vorverlegung des Termins den Gesichtspunkt alles dessen sei, was man bisher erlebt habe. Die Beamtenhaft solle jetzt auch noch dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden, daß in der Frage der Ueberweilungen, in der bisher eine Verständigung zwischen Reich und Ländern nicht erzielt wurde, der Weg der Vereinigung von Unstimmigkeiten zwischen Reich und Ländern über das Eintommen der Beamten gehen solle. Darum die Vordatierung der Gehaltstürzung auf den 1. Januar! Nun habe es allerdings den Anschein, als ob doch maßgebende Persönlichkeiten im Reichsrat die Neigung hätten, die Verantwortung dafür nicht zu übernehmen, — eine Neigung übrigens, um die niemand zu beneiden wäre. Es sehe auch so aus, als ob auch im Reichsrat augenblicklich eine völlige Einigung in dieser Frage noch nicht erzielt worden sei.

Die Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes bemerkt, sie habe die Hoffnung, daß die Darlegungen, die dem Reichsfinanzminister von den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes gemacht worden sind, sowohl der Regierung als auch dem Reichsrat Veranlassung geben, reiflich zu überlegen, ob dieser Plan durchgeführt werden kann. Das Organ der größten Organisation der deutschen Beamtenhaft erklärt zum Schluss: „Auch die Geduld der Beamtenhaft habe einmal ein Ende!“

Vor neuen Kämpfen um die Notverordnung.

Am 11. November tritt der Haushaltsausschuß des Reichstags zusammen, um mit der Beratung der Anträge zu der Notverordnung vom 28. Juli zu beginnen. Man darf diese Verhandlungen des Ausschusses beinahe als ein Vorspiel zu dem großen Kampfe ansetzen, der im Dezember im Plenum und dann in den Ausschüssen des Reichstags um das Finanzprogramm der Regierung entbrennen wird. Jedenfalls wird die Parteigruppierung bei den Abstimmungen über die Vorschlagsanträge zur Notverordnung bereits einen Ausschluß auf die Haltung der Parteien zum Programm des Kanzlers geben. Man kann sich denken, daß die Parteien und auch die Regierung an das heikle Thema der Notverordnung nicht ohne eine gewisse Vorbereitung herangehen werden. Tatsächlich sind auch, wie wir hören, für die Tage vor dem 11. November Besprechungen der großen Fraktionen ins Auge gefaßt, die im Oktober Brünings Sturz durch Weisheitsziehung der Anträge zur Notverordnung an den Haushaltsausschuß erzwungen haben. Man darf annehmen, daß diese Besprechungen, in denen eine Verständigung über die Vorschlagsanträge angestrebt wird, nicht ohne Fühlungsnahme mit dem Reichskanzler anberaumt wurden. Die sozialdemokratischen Änderungsansätze beziehen sich vor allem auf die Bestimmungen der Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung, über die Krankenversicherung (Krankenversicherung) und über die Bürgersteuer. Der Zweck der interaktionellen Fühlungsnahme wird vor allem darin bestehen, festzustellen, ob in diesen Punkten ein gemeinsames Vorgehen mit dem Zentrum und mit anderen Parteien, die ebenfalls an Einzelheiten der Notverordnung Anstoß genommen haben, möglich ist.

Die Wirtschaftspartei hinter Drexler.

Abg. Berlin. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielten am Donnerstag im Reichstag eine gemeinsame Sitzung ab, an der auch die Fraktionsführer der Wirtschaftspartei aus den Landtagen teilnahmen. Die Sitzung beschäftigte sich mit dem vom Reichstagsabgeordneten Collofer gegen den Parteivorstand Drexler in der Öffentlichkeit erhobenen Angriffen. Nach längerer Aussprache wurde dem Vorsitzenden Drexler das volle Vertrauen und die Ueberstimmungen der Partei in allen politischen und Parteifragen ausgesprochen. Reichstagsabgeordneter Collofer, der übrigens bisher nicht die Absicht ausgesprochen hat, aus der Reichstagsfraktion auszusteigen, wurde zur Vorbringung seiner Beschwerden an die zuständige Parteiinstanz verwiesen. Das wäre der Parteivorstand und erst der nächste Parteitag.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei nahm in einer besonderen Sitzung zu dem neuen Programm der Regierung Stellung. Die Verhandlungen darüber sollen am 18. und 19. November fortgesetzt werden.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer bleibt.

Abg. Berlin. Unter den 30 Gesetzesvorlagen zur Durchführung des Finanzprogramms der Reichsregierung, die dem Reichstag beschickt werden, befindet sich, der „Voll. St.“ zufolge, ein Gesetz über die Zuschläge zur Einkommensteuer im Rechnungsjahre 1931. Dieses Gesetz sieht u. a. die Weitererhebung des Zuschlages zur Einkommensteuer, der Vermögenssteuer und der Aufschlagsteuer, die in der Notverordnung vom 28. Juni 1930 für das laufende Etatsjahr geschaffen waren, auch für 1931 vor.

Ein Unterschied ist insofern eingetreten, als die im öffentlichen Dienst befindlichen Verlenen (Reichspräsident, Minister, Beamte usw.) in Zukunft von den Zuschlägen zur Einkommensteuer befreit sein werden, da ihre Bezüge durch das Gehaltstürzungsgesetz neu geregelt werden.

Der Landbund verlangt Amnestie für die verurteilten Bauern.

Abg. Berlin. Die Präsidenten des Reichslandbundes Graf Falkenberg und Veitge, haben folgendes Schreiben an die Reichsregierung gerichtet:

Ehrenwerte deutsche Männer, Bauern, deren Familien seit Generationen auf ihrer Scholle treue Arbeit leisten, hat in Schleswig-Holstein und Ostpreußen die unentzerrbare Not zu Handlungen geführt, die sie der Strenge der Strafgesetze ausgeliefert hat. In den Verhandlungen der Gerichtsurteile wird ausdrücklich anerkannt, daß die Verurteilten in selbstloser Weise und vom Drange der Solidarität mit ihrem notleidenden Vermögensgenossen getrieben, gehandelt haben.

Das Präsidium des Reichslandbundes bittet die Reichsregierung, in Anerkennung dieser Tatsache ein Gesetz vorzulegen, welches Straffreiheit für die Verurteilten dieser Bauern und Bauernführer anspricht.

Nachdem das formale Recht ausgesprochen hat, ist es notwendig, das dem natürlichen Rechtsempfinden des deutschen Volkstums Gehör geschenkt wird. Ihm zum Siege zu verhelfen, ist stets das Vorrecht der Staatsführung gewesen. Ein solcher Entschluß der Reichsregierung ist umso notwendiger, als die letzten Urteile von Ultena und Königsberg geeignet sind, die trotzlose Verweilungshaltung und Unruhe im Lande auf das Gefährlichste zu steigern. Das Landvolk steht in seiner Not in den Urteilen einen erneuten Beweis dafür, daß sein Glend kein Verständnis, geschweige denn Abhilfe findet.

Gleichzeitig ist Reichspräsident von Hindenburg der Antrag des Reichslandbundes mit einem Begleitschreiben zur Kenntnis gegeben worden, in dem es u. a. heißt: „Der Reichslandbund würde in dem Erlass dieses Amnestiegesetzes einen Beweis dafür erblicken, daß das Glend und die Verweilung in der Landwirtschaft, die zu diesem Unlud geführt haben, Verständnis bei den höchsten Stellen des Reiches finden.“

Aus dem Reichstag.

Abg. Berlin. Der Vorstand des Reichstages, zu dem die Präsidenten und die Schriftführer gehören, beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag mit dem Etatsentwurf von 1931 für den Reichstag. In dem Entwurf ist u. a. eine Verbeizung von einer Million Mark für den Ankauf von Grundstücken und dem Beginn des Neubaus des Reichstages für Bibliothekszwecke enthalten. Von den für diesen Bau erforderlichen Grundstücken sind bisher erst zwei erworben. Der Vorstand beschloß, mit Rücksicht auf das Gebot der Sparsamkeit, diese Million aus dem Etatsentwurf herauszutreiben. Dagegen hielt der Vorstand an der Forderung von 15000 Mark für die Erwerbung von Bildern und kunstgewerblichen Gegenständen zur Ausschmückung des Reichstagsgebäudes fest, damit diese Summe in Berücksichtigung der Notlage der Künstler verwendet werden kann. Außerdem beschloß der Vorstand eine Reihe von Sicherungsvorkehrungen zu treffen, die solche Diebstähle im Reichstagsgebäude, wie sie kürzlich zur Kenntnis gekommen sind, in Zukunft verhindern sollen.